

*Frank Bajohr*

## **Die Deutschen und die Judenverfolgung im Spiegel von Geheimberichten**

in:

Die „Reichskristallnacht“ in Schleswig-Holstein. Der Novemberpogrom im historischen Kontext. Herausgegeben von Rainer Hering (Veröffentlichungen des Landesarchivs Schleswig-Holstein Band 109). Hamburg 2016.

S. 191 – 211

Hamburg University Press  
Verlag der Staats- und Universitätsbibliothek Hamburg  
Carl von Ossietzky

# Impressum

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

Die Online-Version dieser Publikation ist auf den Verlagswebseiten frei verfügbar (Open Access). Die Deutsche Nationalbibliothek hat die Netzpublikation archiviert. Diese ist dauerhaft auf dem Archivserver der Deutschen Nationalbibliothek verfügbar:

Archivserver der Deutschen Nationalbibliothek – <https://portal.dnb.de/>  
Hamburg University Press –  
[http://hup.sub.uni-hamburg.de/purl/HamburgUP\\_LASH109\\_Pogromnacht](http://hup.sub.uni-hamburg.de/purl/HamburgUP_LASH109_Pogromnacht)

ISBN 978-3-943423-30-3 (Print)  
ISSN 1864-9912 (Print)

© 2016 Hamburg University Press, Verlag der Staats- und Universitätsbibliothek Hamburg Carl von Ossietzky, Deutschland

Produktion: Elbe-Werkstätten GmbH, Hamburg, Deutschland  
<http://www.elbe-werkstaetten.de/>

Covergestaltung: nach einem Entwurf von Atelier Bokelmann, Schleswig

## Bildnachweis

SA-Männer am 1. April 1933 vor einem der Läden der Familie Eichwald in der Mühlenstraße in Kappeln.

*Sammlung Philipsen, Flensburg.*

Retuschierte Bildpostkarte vom Boykott jüdischer Geschäfte auf dem Holm in Flensburg am 1. April 1933.

*Bildersammlung der Universität Flensburg.*

# Inhaltsverzeichnis

<i>Rainer Hering</i>	
Einleitung .....	7
<i>Eberhard Schmidt-Elsaesser</i>	
Grußwort .....	13
<i>Walter Rothschild</i>	
Grußwort .....	19
<i>Bettina Goldberg</i>	
Juden in Schleswig-Holstein	
Ein historischer Überblick .....	29
<i>Gerhard Paul</i>	
Spuren	
Fotografien zum jüdischen Leben in Schleswig-Holstein 1900–1950 .....	53
<i>Klaus Alberts</i>	
Weg in den Abgrund	
Zur Außerrechtsetzung der deutschen Staatsangehörigen jüdischen Bekenntnisses	
1933 bis 1945 .....	71
<i>Joachim Lijß-Walther</i>	
Antijudaismus und Antisemitismus in der Geschichte von Kirche und Theologie	
Kurzer Abriss einer langen Verirrung – mit Hinweisen auf gewonnene theologische	
Einsichten nach der Schoah .....	105
Zwangsausweisungen im Oktober 1938: Die Geschichte der Familie Fertig.....	139
<i>Hermann Beck</i>	
Antisemitische Gewalt während der Machtergreifungszeit und die	
Reaktion der deutschen Gesellschaft .....	141
<i>Frank Bajohr</i>	
Die Deutschen und die Judenverfolgung im Spiegel von Geheimberichten .....	191

Kindertransporte: Die Geschichte von Fritz, Leo und Frieda .....	213
<i>Michael Wildt</i>	
Antisemitische Gewalt und Novemberpogrom .....	215
<i>Bernd Philipson</i>	
„Dat Judennest hebbt wi utrökert.“ Vom gewaltsamen Ende des Auswanderer-Lehrguts Jägerslust bei Flensburg .....	231
Abwicklung und Ausweisung: Die Geschichte von Dora Kufelnitzky .....	255
<i>Beate Meyer</i>	
„Ihre Evakuierung wird hiermit befohlen.“ Die Deportation der Juden aus Hamburg und Schleswig-Holstein 1941–1945 .....	257
Leben bis zur Deportation: Die Geschichte der Schwestern Lexandrowitz .....	277
<i>Gerhard Paul</i>	
„Ich bin ja hier nur hängengeblieben.“ Wie Benjamin Gruszka alias „Bolek“ von Warschau nach Lübeck kam, dort heimisch wurde und es im hohen Alter wieder verließ .....	279
<i>Gerhard Paul</i>	
„Herr K. ist nur Politiker und als solcher aus Amerika zurückgekommen.“ Die gelungene Remigration des Dr. Rudolf Katz .....	295
<i>Iris Groschek</i>	
Der Koffer als Symbol in der Erinnerungskultur .....	317
<i>Harald Schmid</i>	
Der bagatellierte Massenmord Die „Reichsscherbenwoche“ von 1938 im deutschen Gedächtnis .....	343
Über die Autorinnen und Autoren .....	365
Personenregister .....	367
Ortsregister .....	373
Bildnachweis .....	379
Veröffentlichungen des Landesarchivs Schleswig-Holstein .....	383

Frank Bajohr

## Die Deutschen und die Judenverfolgung im Spiegel von Geheimberichten

Wer sich in demokratischen Staaten über die öffentliche Meinung informieren möchte, kann auf eine Fülle von Quellen zurückgreifen, darunter vor allem pluralistische Medien und Meinungsumfragen, nicht zuletzt Wahlergebnisse als Ausdruck von Stimmungen und Einstellungen. Alle diese Quellen stehen jedoch für die nationalsozialistische Diktatur nicht zur Verfügung oder sind wenig ertragreich. Dem NS-Staat fehlte ein wesentliches Element demokratischer Gesellschaften, nämlich eine autonome Öffentlichkeit. Vor allem in den propagandistisch gelenkten Medien bildete sich das breite Spektrum der öffentlichen Meinung nur rudimentär ab.

Gerade deshalb war jedoch das NS-Regime brennend daran interessiert, etwas über die Bevölkerungsmeinung – zum Beispiel über die Judenverfolgung – zu erfahren, und verpflichtete deshalb zahlreiche Institutionen, sogenannte Lageberichte zu verfassen. Die meisten dieser Berichte stammen von der Gestapo, dem Sicherheitsdienst der SS, der Justiz sowie lokalen und regionalen Verwaltungen, die seit 1933 verpflichtet waren, unter der Rubrik „Juden“ oder „Judentum“ einerseits jüdische Organisationen zu überwachen. Andererseits berichteten sie aber auch über Maßnahmen gegen Juden, Probleme bei Umsetzung der „Judenpolitik“, einzelne Vorkommnisse sowie über die Einstellung und das Verhalten der breiten Bevölkerung. Diese Themen waren im Spektrum der Lageberichte von gleichbleibend hoher Bedeutung, sodass wir seit 1933 über eine fast lückenlose Dichte von Berichten und Meldungen verfügen.<sup>1</sup>

Zwar erwartete das NS-Regime den offiziellen Anweisungen zufolge eine „ungeschminkte Unterrichtung“, doch handelte es sich bei vielen Berichterstatern um überzeugte Nationalsozialisten, die in regimeinterne

---

<sup>1</sup> Vgl. die umfassende Sammlung aller Lageberichte bei Otto Dov Kulka/Eberhard Jäckel (Hrsg.): Die Juden in den geheimen NS-Stimmungsberichten 1933–1945. Düsseldorf 2004.

Sprachregelungen eingebunden waren. Deshalb beschönigten und verschleierte sie auch bestimmte Tatbestände. So stellten gewalttätige Einzelaktionen gegen Juden, die offiziell in der Regel verboten waren, ein besonderes Problem für die Berichterstatter dar, die häufig deshalb die handelnden Akteure nicht genau benannten. So wurden beispielsweise Funktionäre der Hitlerjugend, die sich durch unerwünschte Gewaltakte hervortaten, in den Berichten verschleiern als „junge Leute“ bezeichnet, und sehr oft konnte man Begriffe wie „die antisemitische Welle“<sup>2</sup> lesen, als handele es sich bei der Judenverfolgung um ein Naturphänomen. Auch der Holocaust wurde nicht als solcher benannt, sondern mit Begriffen wie „Judenevakuierung“<sup>3</sup> kryptisch umschrieben. Diese Beschönigungsstrategie hatte jedoch ihre Grenzen. So fällt auf, dass nahezu kein Berichterstatter die Novemberpogrome 1938 als „spontanen Volkszorn“ bezeichnete – so die offizielle Version der Propaganda –, sondern deren organisierten Charakter durch den Begriff „Judenaktion“ offen benannte.<sup>4</sup>

Noch eine zweite Eigenschaft schränkt den analytischen Wert der regime-internen Lageberichte deutlich ein. Die Berichte bestanden vor allem aus situativen Meldungen, war es doch den Berichterstattern nicht erlaubt, allgemeine Betrachtungen über die antijüdische Politik, die Bedeutung des Antisemitismus oder die Rolle Hitlers bei der nationalsozialistischen Judenverfolgung anzustellen. Auch durften sie nicht über zukünftige Entwicklungen spekulieren oder gar den übergeordneten Dienststellen Ratschläge geben.

Dieser Mangel an Reflexion unterschied die regimeinternen Lageberichte von zwei anderen Quellengruppen, die ebenfalls einen tiefen Einblick in die Praxis nationalsozialistischer Herrschaft im Allgemeinen und die Judenverfolgung im Besonderen ermöglichen: Erstens von den zahlreichen, insgesamt mehr als hunderttausend Berichten, die ausländische Konsuln und Diplomaten im nationalsozialistischen Deutschland verfassten und an die Botschaften beziehungsweise die Außenministerien ihrer jeweiligen Länder sandten.<sup>5</sup>

<sup>2</sup> Bericht der Stapostelle Landespolizeibezirk Berlin vom 13.6.1935. In: Kulka/Jäckel (Anm. 1), 135.

<sup>3</sup> Bericht des Regierungspräsidenten Ober- und Mittelfranken für April 1942 vom 5.5.1942 und Bericht des Regierungspräsidenten Schwaben für April 1942 vom 9.5.1942. In: Ebd., 492.

<sup>4</sup> Bericht des Landrats Höxter über die „Aktion gegen die Juden“ vom 18.11.1938. In: Ebd., 318.

<sup>5</sup> Frank Bajohr/Christoph Strupp (Hrsg.): Fremde Blicke auf das „Dritte Reich“. Berichte ausländischer Diplomaten über Herrschaft und Gesellschaft in Deutschland 1933–1945. Göttingen 2011.

Diese Berichte gehörten zu den Dienstaufgaben der Diplomaten und sollten die Auftraggeber offen und ungeschminkt über wichtige innere Entwicklungen nationalsozialistischer Herrschaft informieren. Im Gegensatz zu den regimeinternen Lageberichten stammten die diplomatischen Berichte von nicht-nationalsozialistischen Beobachtern, die sich den Verhältnissen in Deutschland zudem mit einem fremden Blick von außen näherten. Und während die Berichte des NS-Regimes keine allgemeinen Reflexionen oder gar Prognosen über die Judenverfolgung enthielten, wurde genau dies von den Berichten der diplomatischen Beobachter erwartet. Diese räumten der Judenverfolgung in ihren Berichten nicht nur breiten Raum ein, weil sie mit deren Folgen durch die Erteilung von Visa unmittelbar konfrontiert waren. Sie dachten auch über mögliche zukünftige Entwicklungen nach und verwiesen schon 1933 auf die besondere radikale Qualität des nationalsozialistischen Antisemitismus. Deshalb kamen die meisten Diplomaten schnell zu der Erkenntnis, dass dieser nicht darauf abzielte, den Juden bloß einen minderen Rechtsstatus innerhalb der Mehrheitsgesellschaft zuzuweisen. Bereits im März 1933 sprach der amerikanische Generalkonsul in Berlin, George Messersmith, von der „practically unrestricted persecution of a race“;<sup>6</sup> während sein französischer Kollege in München 1935 feststellte, dass der Nationalsozialismus im Hinblick auf die Juden kein anderes Ziel verfolge „als die einfache, nackte Eliminierung“.<sup>7</sup> Solche beachtlichen Fähigkeiten zur Prognose schlugen sich jedoch oft nicht in praktischem Handeln zugunsten der jüdischen Verfolgten nieder. Zwar löste die Judenverfolgung bei den meisten diplomatischen Beobachtern Mitleid aus, aber auch Befürchtungen, demnächst von einer Einwanderungswelle überrollt zu werden, sodass sich viele – wenngleich nicht alle – Konsuln bei der Erteilung von Visa eher restriktiv verhielten. Damit entsprachen sie auch den Erwartungen ihrer jeweiligen Länder.

Vergleichbare Reflexionen über die Judenverfolgung in Deutschland fanden sich auch in einer dritten Quellengruppe, nämlich den sogenannten Deutschland-Berichten, die im Zeitraum von 1934 bis 1940 vom Exilvorstand der deutschen Sozialdemokraten in Prag, ab 1938 in London veröf-

---

<sup>6</sup> George S. Messersmith, Consul General: With Further Reference to the Manifold Aspects of the Anti-Jewish Movement in Germany. Berlin, 31.3.1933. In: Ebd., 363.

<sup>7</sup> Bourdeille, Französischer Vizekonsul: Bericht aus München vom 8.10.1935. In: Ebd., 437–438.

fentlicht wurden.<sup>8</sup> Die Deutschland-Berichte basierten auf Berichten, Meldungen und Beobachtungen über Entwicklungen im nationalsozialistischen Deutschland, die von ehemaligen Mitgliedern der sozialdemokratischen Partei und damit Anti-Nationalsozialisten verfasst und über sogenannte Grenzsekretariate ins Ausland geschmuggelt wurden. Einzelne Berichte waren von jüdischen Mitgliedern der sozialdemokratischen Partei verfasst worden, in denen diese sehr lebhaft und eindringlich über ihre persönliche Situation berichteten. Im Gegensatz zu den diplomatischen und regimieinternen Lageberichten spielte die Judenverfolgung in den sozialdemokratischen Berichten aber anfänglich nur eine untergeordnete Rolle. Dies änderte sich schrittweise ab 1935, doch wurden Berichte über die Judenverfolgung bis 1938 stets unter der Rubrik „Der Terror“ subsumiert. Erst 1939 wurden sie zum ersten Mal in der eigenständigen Sparte „Die Judenverfolgungen“ zusammengefasst.

Dies war zum einen darauf zurückzuführen, dass die Sozialdemokraten zu Beginn des „Dritten Reichs“ deutlich stärker verfolgt wurden als die deutschen Juden. Als die Partei im Juni 1933 offiziell verboten wurde, befanden sich bereits viele Tausend ihrer Mitglieder in Konzentrationslagern. Zum anderen interpretierten die Sozialdemokraten die nationalsozialistische Herrschaft als Diktatur kapitalistischer Machteliten, die vor allem auf die Unterdrückung der Arbeiterklasse abziele. Dementsprechend stuften sie die Judenverfolgung als Sekundärphänomen ein, das vor allem funktionalistische Ziele verfolge.<sup>9</sup> Aus sozialdemokratischer Sicht nahmen die Juden für das NS-Regime vor allem eine Sündenbockfunktion ein, sollte die Judenverfolgung vor allem von inneren Schwierigkeiten des NS-Regimes ablenken. Erst 1938 revidierten die Sozialdemokraten diese Position, als ihnen klar wurde, dass die Nationalsozialisten auf die vollständige Vertreibung, ja Vernichtung der deutschen Juden abzielten und gar nicht daran interessiert waren, diese als Sündenböcke im Land zu belassen. Nun appellierten die Sozialdemokraten an ihre europäischen, vor allem skandinavischen Schwesterparteien, sich für eine großzügigere Aufnahme jüdischer

---

<sup>8</sup> Deutschland-Berichte der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands (Sopade) 1934–1940 (im Folgenden: Deutschland-Berichte). 7 Bde. Nachdruck, Frankfurt/Main 1980.

<sup>9</sup> Siehe u. a. David Bankier: German Social Democrats and the Jewish Question. In: David Bankier (Ed.): Probing the Depths of German Antisemitism. German Society and the Persecution of the Jews 1933–1941. New York – Oxford 2000, 511–532.

Flüchtlinge einzusetzen. Anfang 1939 stellten die Deutschland-Berichte in aller Klarheit fest:

„In Deutschland vollzieht sich gegenwärtig die unaufhaltsame Ausrottung einer Minderheit mit den brutalen Mitteln des Mordes, der Peinigung bis zum Wahnwitz, des Raubes, des Überfalls und der Aushungerung. Was den Armeniern während des Krieges in der Türkei geschah, wird im Dritten Reich langsamer und planmäßiger an den Juden verübt.“<sup>10</sup>

Vergleicht man die dominierende Erzählstruktur in den regimainternen, den diplomatischen sowie den sozialdemokratischen Berichten, so fällt ein wichtiger Unterschied auf. Die regimainternen Berichte unterschieden in erster Linie zwischen Deutschen und Juden, während die diplomatischen und sozialdemokratischen Berichte insofern eine komplexere analytische Struktur aufwiesen, als sie zwischen Deutschen, Nationalsozialisten und Juden differenzierten.

Mit der basalen Unterscheidung zwischen Deutschen und Juden grenzten die regimainternen Berichte zum einen die Juden aus der „Volksgemeinschaft“ aus und versuchten gleichzeitig, die Fiktion einer Einheit von Volk und Nationalsozialismus aufrechtzuerhalten. Vor allem in den lokalen Berichten wurde dieses Narrativ jedoch immer wieder durchbrochen, wenn die Praxis der Judenverfolgung zu lokalen Konflikten führte und die Mehrheit der örtlichen Einwohner bestimmte antijüdische Maßnahmen ablehnte. So hatte die Hitlerjugend im Ort Hechingen Ende Juni 1935 eine Veranstaltung der Jüdischen Gemeinde gestört, indem sie vor der Synagoge mit Fanfaren und Sprechchören aufmarschierte. Die örtliche Gestapo berichtete in diesem Zusammenhang:

„Bei größeren Teilen der Bevölkerung Hechingens hat diese Aktion Mißfallen erregt, insbesondere bei den Arbeitern, die in den jüdischen Betrieben beschäftigt sind und den Verlust ihrer Arbeitsstelle im Falle einer Schließung der Betriebe fürchten. Die Arbeiter haben mit dem Austritt aus der Deutschen Arbeitsfront gedroht, falls ihren [jüdischen] Arbeitgebern nicht Genugtuung geleistet wird. Das ist natürlich unmöglich. Es

---

<sup>10</sup> Deutschland-Berichte (Anm. 8). Jg. 1939, 201–202.

wird den Arbeitern nunmehr die mündliche Erklärung durch den Leiter der Arbeitsfront gegeben, dass derartige Vorfälle in Zukunft unterbunden werden.“<sup>11</sup>

Der Bericht deutete an, dass die nichtjüdische deutsche Bevölkerung antijüdische Aktionen vor allem dann ablehnte, wenn diese mit ihren eigenen Interessen in Konflikt gerieten; im vorliegenden Fall mit dem Interesse am Erhalt des eigenen Arbeitsplatzes. Aus den gleichen Gründen waren auch Boykottaktionen gegen jüdische Geschäfte, bei denen Kunden jüdischer Geschäfte oft fotografiert und später öffentlich angeprangert wurden, nicht beliebt, weil sie mit dem Konsumenteninteresse der Bevölkerung kollidierten. Diese schätzte die oftmals günstigen Preise in jüdischen Geschäften oder die Möglichkeit des Ratenkaufs, während auf dem Lande viele Bauern gern mit jüdischen Viehhändlern Geschäfte machten, weil diese mehr als den Marktpreis bezahlten.

Darüber hinaus lehnte die Bevölkerung antijüdische Maßnahmen den regimeinternen Berichten zufolge vor allem dann ab, wenn diese die öffentliche Ordnung beeinträchtigten oder mit dem Einsatz von Gewalt verbunden waren. Gewalttätigen Übergriffen auf Juden oder der Schändung von Synagogen und Friedhöfen stünde die Mehrheit der Bevölkerung „ziemlich verständnislos“ gegenüber, stellte der Regierungspräsident in Trier im Juni 1935 fest. Auf Unverständnis und Empörung stieß dabei vor allem die auffallende Beteiligung von Jugendlichen, sodass selbst der bereits erwähnte Regierungspräsident offen feststellte:

„Für unerwünscht halte ich auch die Art und Weise, in der sich Kinder an der antisemitischen Propaganda beteiligten.“<sup>12</sup>

---

<sup>11</sup> Bericht der Stapostelle Regierungsbezirk Sigmaringen für Juni 1935 vom 12.7.1935. In: Kulka/Jäckel (Anm. 1), 144f.

<sup>12</sup> Bericht des Regierungspräsidenten Trier für April und Mai 1935 vom 6.6.1935. In: Ebd., 139.



SA-Männer am 1. April 1933 vor einem der Läden der Familie Eichwald in der Mühlenstraße in Kappeln.

Über die antijüdische Propaganda machte sich ein Teil der Bevölkerung darüber hinaus in Witzen lustig, in denen nicht Juden, sondern die Propaganda karikiert wurde. So druckte ein Lagebericht aus dem Regierungsbezirk Minden für September 1935 einen dieser typischen Witze ab:

„In einer Stadt ist ein Löwe ausgebrochen. Alles rennt weg, als er auf der Straße erscheint. Nur ein kleiner Jude geht auf den Löwen zu, faßt ihn in die Mähne und führt ihn zu seinem Käfig. Am nächsten Morgen schreibt die Zeitung:

„Judenfrechheit – Ein Judenlümmel erdreistete sich, auf der Straße einen armen wehrlosen Löwen dermaßen an der Mähne zu ziehen, daß der Löwe ihm folgen mußte. Es wird höchste Zeit, daß den Unverschämtheiten des Judenpacks endlich einmal eine Grenze gesetzt wird.“<sup>13</sup>

Die Gegner der Judenverfolgung orteten die regimeinternen Lageberichte vor allem in den Reihen der politischen Gegner sowie in christlichen Kreisen, wobei hier insofern Vorsicht geboten ist, als beide Gruppen ohnehin zu jenen weltanschaulichen Gegnern gerechnet wurden, über die die Verfasser der Lageberichte regelmäßig zu berichten hatten. So zeigte beispielsweise die regelmäßige Überwachung von Predigten und kirchlichen Versammlungen, dass Katholiken zwar die Methoden der Judenverfolgung kritisierten, nicht jedoch die antijüdische Politik als solche. In den stenografierten Äußerungen katholischer Geistlicher gingen Kritik an der Judenverfolgung und antisemitische Stereotype oft eine charakteristische Verbindung ein. So äußerte ein Kaplan auf der Versammlung eines katholischen Männervereins in Berlin im Oktober 1935:

„Die Judenfrage muss mit erlaubten Mitteln geregelt werden und darf nicht in eine Judenverfolgung ausarten.“<sup>14</sup>

Genauso unstatthaft sei es jedoch, dass die Juden „entgegen ihrem Bevölkerungsanteil alles beherrschten“, wobei der Kaplan ihre Verfolgung gleichzeitig als eine Form der göttlichen Bestrafung wertete:

„Nur weil sie Christus ans Kreuz geschlagen haben, ist sein Blut über sie und ihre Kinder gekommen.“

Zwar bemitleidete der Geistliche die verfolgten Juden, stufte sie jedoch als „Christusmörder“ ein und war davon überzeugt, dass eine „Judenfrage“ tatsächlich existierte.

Die regimeinternen Lageberichte verzeichneten deshalb nur in seltenen Fällen eine vollständige Ablehnung jeglicher antijüdischer Politik und ver-

<sup>13</sup> Regierungsbezirk Minden, Land Lippe und Kreis Hameln-Pyrmont: Bericht für September 1935. In: Ebd., 164.

<sup>14</sup> Dieses und das folgende Zitat aus Bericht der Stapostelle Landespolizeibezirk Berlin für Oktober 1935. In: Ebd., 166f.

wiesen immer wieder ausdrücklich darauf, dass vor allem gesetzliche Maßnahmen gegen Juden auf breite gesellschaftliche Akzeptanz stießen. Den Berichten zufolge stießen beispielsweise die antisemitischen Nürnberger Gesetze auf „große Befriedigung“ und „vollste Anerkennung“,<sup>15</sup> wobei diese darüber hinaus als „sehr geschickte Lösung durch Adolf Hitler empfunden“<sup>16</sup> worden seien und deshalb das Ansehen Hitlers in der Bevölkerung gesteigert hätten. Aus diesen Gründen mussten die regimeinternen Berichte das Narrativ einer Dichotomie zwischen Deutschen und Juden zwar immer wieder modifizieren und auf den besonderen Anteil nationalsozialistischer Akteure an der Judenverfolgung und die Kritik aus der Bevölkerung hinweisen. Gleichzeitig wurde jedoch das Narrativ nie vollständig verworfen, weil vor allem gesetzliche Maßnahmen gegen Juden auf einen durchaus breiten gesellschaftlichen Konsens in der nichtjüdischen Bevölkerung stießen.

Diese Ambivalenz zeigte sich auch in den Berichten über den Novemberpogrom 1938, der von der Bevölkerung einerseits mehrheitlich scharf abgelehnt wurde. Auch die Lageberichte des Regimes verhehlten diese Ablehnung der Bevölkerung keineswegs. Ein Bürgermeister im östlichen Westfalen schätzte, dass „wenigstens 60 %“<sup>17</sup> der Bevölkerung gegenüber dem Pogrom eindeutig negativ eingestellt gewesen seien. Den Berichten zufolge hätten christliche Kreise vor allem die Zerstörung von Gotteshäusern, Arbeiter hingegen die Vernichtung von Sachwerten kritisiert. Gewalttätige Übergriffe, Plünderungen und die Beteiligung Minderjähriger am Pogrom stießen ebenfalls auf Kritik, ebenso wie die Massenverhaftung jüdischer Männer Mitleid hervorrief. Offene Kritik wurde jedoch nur selten registriert, vielmehr ein „betretenes Schweigen“ konstatiert: „Man schämt sich.“<sup>18</sup>

Die meisten Verfasser der Lageberichte hoben jedoch gleichzeitig hervor, dass die Bevölkerungsmehrheit gegen antijüdische Maßnahmen an sich keine Einwände erhob, ja selbst mit einem scharfen Vorgehen ohne of-

---

<sup>15</sup> Bericht der Stapostelle Regierungsbezirk Arnsberg für September 1935. In: Ebd., 160.

<sup>16</sup> Regierungsbezirk Minden, Land Lippe und Kreis Hameln-Pyrmont: Bericht für September 1935. In: Ebd., 164.

<sup>17</sup> Bericht des Bürgermeisters Amt Borgentreich vom 17.11.1938 über eine „Aktion gegen die Juden am 10.11.1938.“ In: Ebd., 322.

<sup>18</sup> Bericht des Regierungspräsidenten Minden betreffs „Geheim-Anordnung vom 28.11.1938“ vom 5.12.1938. In: Ebd., 328.

fene Gewalt, „mit weniger drastischen Mitteln“, wie es ein Bericht formulierte, „durchaus einverstanden“<sup>19</sup> gewesen sei. Deshalb seien auch die nachfolgenden gesetzlichen Verordnungen zur „Entjudung“ der deutschen Wirtschaft keineswegs abgelehnt, sondern im Gegenteil „mit Befriedigung aufgenommen“<sup>20</sup> worden, wie der Regierungspräsident Oberbayern in einem Bericht für Dezember 1938 feststellte.

Spiegelten sich diese Tendenzen in den regimeinternen Lageberichten auch in den diplomatischen und sozialdemokratischen Berichten wider? Wie bereits erwähnt, beruhte deren grundsätzliches Narrativ auf der Unterscheidung zwischen Nationalsozialisten, Deutschen und Juden. Diplomaten wie Sozialdemokraten sahen die Initiative zu antijüdischen Maßnahmen stets eindeutig auf Seiten der NS-Regierung, der NSDAP und nationalsozialistischer Organisationen, während der Bevölkerung in den Berichten zumeist nur eine reaktive Rolle zukam. Der Antisemitismus sei „deeprooted in the National-Socialist Party“, stellte der amerikanische Generalkonsul Douglas Jenkins im November 1935 fest.<sup>21</sup> Wenige Tage später legte sein Berliner Kollege Raymond Geist eine bemerkenswerte Analyse der Triebkräfte nationalsozialistischer „Judenpolitik“ vor, die vor allem die Funktion des Antisemitismus für die Binnenintegration der NSDAP und ihre Stellung im gesamten Herrschaftssystem hervorhob. Geist schrieb:

„In der Partei selbst bildet der Antisemitismus den gemeinsamen Nenner, der die verschiedenen Gruppen und Fraktionen eint, die ansonsten vollkommen unterschiedliche politische Tendenzen vertreten. Der Antisemitismus bindet sie aber fest zusammen, weil alle wissen, dass Adolf Hitler in diesem Punkt keine Kompromisse machen wird. Der Anti-Semitismus kanalisiert alle explosiven Kräfte in der Partei und wirkt wie ein Auspuff, der immer wieder erfolgreich funktioniert. Die Partei als bestimmender Faktor muss in einem Zustand der permanenten Aggression ge-

---

<sup>19</sup> Bericht des Regierungspräsidenten Oberbayern für Dezember 1938 vom 9.1.1939. In: Ebd., 341.

<sup>20</sup> Ebd.

<sup>21</sup> Douglas Jenkins, US Consul General: Political and Economic Trends in Germany During the Past Twelve Months. Berlin, 4.11.1935. In: Bajohr/Strupp (Anm. 5), 440.

halten werden, und da diese danach strebt, in der Offensive zu bleiben, braucht sie ein ständig präsenten Angriffsobjekt.“<sup>22</sup>

Ähnlich wie die Sozialdemokraten bevorzugten viele Diplomaten eine eher funktionalistische Interpretation der antijüdischen Politik, die diese nicht primär als Konsequenz einer Weltanschauung deutete, sondern vor allem nach deren Funktion für die Mobilisierung der NS-Bewegung fragte und stets in einen Gesamtzusammenhang nationalsozialistischer Politik einordnete. In dieser Perspektive bildete das „Dritte Reich“ keine Weltanschauungsdiktatur, sondern eine Mobilisierungsdiktatur. Erst in den Memoiren mancher Diplomaten nach 1945 erhielt die antisemitische Weltanschauung eine grundlegende Bedeutung zugewiesen – als ein Faktor der Kontinuität, der von Hitlers Buch *Mein Kampf* bis nach Auschwitz reichte.<sup>23</sup> In den zeitgenössischen Berichten der Diplomaten war davon kaum etwas zu lesen. So war es insgesamt bezeichnend, dass der amerikanische Generalkonsul Leon Dominian, der dem State Department im Mai 1933 eine Analyse von *Mein Kampf* vorlegte, das Buch als Blaupause für einen deutschen Griff nach der Weltmacht interpretierte. In ihm käme eine „Absicht Deutschlands, Europa gewaltsam zu kontrollieren“ zum Ausdruck, die nur das „Vorspiel zu Plänen der Weltherrschaft“ darstelle.<sup>24</sup> Den Antisemitismus nahm Dominian zwar wahr, wies ihm aber eine bloße nationalistische Mobilisierungsfunktion zu.

---

<sup>22</sup> Zitat (übersetzt) aus: Raymond H. Geist, US Consul: The German Economic Situation with Particular Reference to the Political Outlook. Berlin, 12.11.1935. In: Ebd., 441.

<sup>23</sup> Siehe zum Beispiel die Memoiren des französischen Botschafters André François-Poncet: Als Botschafter in Berlin 1931–1938. Mainz 1947.

<sup>24</sup> Zitate (übersetzt) aus Leon Dominian: Evidences of German Preparation of Aggression. Stuttgart, 19.5.1933. National Archives, College Park, MD, Record Group 59: United States Department of State, Central Decimal File 1930–39, 862.20/611 (microfilm edition, roll 17).



Retuschierte Bildpostkarte vom Boykott jüdischer Geschäfte auf dem Holm in Flensburg am 1. April 1933.

Die deutsche Bevölkerung kam in den diplomatischen Berichten vor allem als Beobachterin vor, die sich gelegentlich empört und indigniert zeigte. „Es gibt eine große Zahl von Deutschen aller sozialer Schichten, denen die Judenverfolgung zuwider ist“, meldete ein britischer Konsul im September 1935.<sup>25</sup> Besonders der offene Einsatz von Gewalt stoße viele Deutsche ab, wie die Reaktionen auf den Novemberpogrom 1938 zeigten. Sehr viel stärker als die regimainternen Lageberichte hoben die Konsulatsberichte das Missfallen, ja die offene Empörung vieler Deutscher über den Pogrom hervor. „Viele Menschen senken vor Scham ihre Köpfe“, meldete der amerikanische Generalkonsul Honacker aus Stuttgart.<sup>26</sup> Der italienische Diplomat Guido Romano, der ein mit dem „Dritten Reich“ verbündetes Land vertrat, bezeichnete die Stimmung der Bevölkerung als „zutiefst empört“.<sup>27</sup> Sein Kollege Francesco Pittalis berichtete über ablehnende Stimmen sogar aus den Reihen von Parteimitgliedern. Die „Idee der persönlichen Gewalt“

<sup>25</sup> Zitat (übersetzt) aus Robert Smallbones, Britischer Generalkonsul, an B. C. Newton, British Embassy, Frankfurt, 4. September 1935. In: Bajohr/Strupp (Anm. 5), 432.

<sup>26</sup> Zitat (übersetzt) aus Samuel W. Honaker, US Generalkonsul: Anti-Semitic Persecution in the Stuttgart Consular District. Stuttgart, 12.11.1938. In: Ebd., 505.

<sup>27</sup> Bericht von Guido Romano, italienischer Generalkonsul. Innsbruck, 12.11.1938. In: Ebd., 509.

werde allgemein „als ungeeignet“ für die Lösung des sogenannten Judenproblems empfunden.<sup>28</sup>

Bei näherem Hinsehen finden sich jedoch in vielen Berichten Hinweise, die gegen einen strikten Antagonismus von Partei versus Bevölkerung bei der Judenverfolgung sprechen. Konsul Honacker in Stuttgart schätzte, dass mindestens zwanzig Prozent der Bevölkerung über den Novemberpogrom ausdrücklich befriedigt gewesen seien. Dies stimmt durchaus mit den regime-internen Lageberichten überein, die ja über eine Ablehnungsquote von „mindestens 60 %“ berichtet hatten. An den Hausdurchsuchungen nach dem Novemberpogrom hatten in der Universitätsstadt Heidelberg beispielsweise auch Studenten teilgenommen. Der argentinische Gesandte Edouardo Labougle stellte fest, dass „viele Menschen“ die Situation ausgenutzt hätten, um die zerstörten jüdischen Geschäfte zu plündern.<sup>29</sup>

Zudem fiel den Diplomaten auf, dass die Ablehnung offener Gewalt gegen Juden keineswegs bedeutete, die antijüdische Politik als solche abzulehnen. In einem Memorandum des britischen Generalkonsulats in Hamburg hieß es über die Einstellung der jüngeren Generation im Frühjahr 1939:

„Die Haltung der deutschen Jugend zur Judenfrage unterscheidet sich nicht sehr von der Nation insgesamt. Sie bedauern die jüngsten Exzesse und die barbarischen Methoden, mit denen der Antisemitismus praktiziert wird, aber sind nichtsdestotrotz fest von der Notwendigkeit überzeugt, Deutschland vom letzten Juden zu befreien. Die Frauen sind vielleicht in letzterer Hinsicht noch intoleranter.“<sup>30</sup>

Mit anderen Worten: Zwar kritisierten die Deutschen die gewalttätige Praxis der Judenverfolgung, doch konstatierten die Diplomaten ansonsten einen antijüdischen Konsens, der sich nach sechsjähriger Herrschaft des Nationalsozialismus herausgebildet hatte. Juden wurden demzufolge nicht

---

<sup>28</sup> Francesco Pittalis, italienischer Generalkonsul: Die weiteren Auswirkungen der neuesten antisemitischen Manifestationen. München, 19.11.1938. In: Ebd., 518.

<sup>29</sup> Zitat (übersetzt) aus Eduardo Labougle, argentinischer Gesandter, an Außenminister José Maria Cantilo. Berlin, 14.11.1938. In: Ebd., 513–514.

<sup>30</sup> Zitat (übersetzt) aus: Britisches Generalkonsulat Hamburg an Neville M. Henderson: Memorandum on the General Attitude of the Young Generation. Hamburg, 5.7.1939. In: Ebd., 534.

mehr als Deutsche betrachtet, und dementsprechend erhob sich auch gegen ihre Vertreibung kein Widerspruch. Trotz unterschiedlicher Ausgangsbedingungen stimmten in diesem Punkt diplomatische und regimeinterne Lageberichte auf eine erstaunliche Weise überein.

Diese Tendenz – ein genereller antijüdischer Konsens bei Ablehnung vor allem gewalttätiger antijüdischer Praktiken – spiegelte sich in noch prägnanterer Weise in den sozialdemokratischen Berichten wider. Anfänglich gingen diese von einer vollständigen Ablehnung antisemitischer Praktiken durch die Bevölkerung aus. Die Aktionen der Nationalsozialisten fänden „keinerlei Anklang bei der Bevölkerung“, hieß es 1935 in einer für die damaligen Berichte typischen Tendenz.<sup>31</sup> Der Antisemitismus habe keine „tieferen Wurzeln“ geschlagen, hieß es in einem Bericht aus der Stadt Lübeck, der jedoch gleichzeitig unfreiwillig auf antijüdische Tendenzen in der Bevölkerung hinwies:

„Die allgemeine Redensart in Lübeck ist: ‚Die Juden sind nicht die Schlimmen, sondern die weißen Juden!‘“<sup>32</sup>

Der Begriff des „weißen Juden“ bezeichnete Nichtjuden, die problematische Verhaltensweisen zeigten. In der damaligen deutschen Bevölkerung war er weit verbreitet. Die Nationalsozialisten bezeichneten vor allem sogenannte Judenfreunde als „weiße Juden“, während er in der sozialdemokratischen Arbeiterschaft als Synonym für einen nichtjüdischen kapitalistischen Ausbeuter galt. Insgesamt verweist der Begriff „weißer Jude“ jedoch insofern auf einen subkutanen Antisemitismus, als er Juden implizit vermeintlich „typisch jüdische“ problematische Eigenschaften zuschrieb, auch wenn er gar nicht auf Juden selbst angewendet wurde.

Im Jahre 1936 änderte sich der Tenor der sozialdemokratischen Berichte über das Verhalten der Deutschen deutlich. Zwar lehne eine Mehrheit der Bevölkerung „die Methoden Streichers“ nach wie vor ab, doch erziele die antijüdische Propaganda mehr und mehr Wirkung. „Dass es eine ‚Judenfrage‘ gibt, ist allgemeine Auffassung“,<sup>33</sup> stellte ein Bericht fest, während ein Sozialdemokrat aus Sachsen sogar die Auffassung vertrat, dass „ein be-

<sup>31</sup> Deutschland-Berichte (Anm. 8). Jg. 1935, 812.

<sup>32</sup> Ebd., 814.

<sup>33</sup> Ebd. Jg. 1936, 24.

trächtlicher Teil der Bevölkerung heute schon von der Richtigkeit der nationalsozialistischen Rassenlehre überzeugt“ sei.<sup>34</sup> Der Antisemitismus habe „in weiten Kreisen des Volkes Wurzel gefasst“. Viele Deutsche wollten „mit den Juden nichts mehr zu tun haben“, und selbst die eigenen ehemaligen Parteimitglieder zeigten sich keineswegs völlig immun gegen antisemitische Einflüsse:

„Es gibt nicht wenige, die, obwohl keine Nationalsozialisten, dennoch in gewissen Grenzen damit einverstanden sind, daß man den deutschen Juden die Rechte beschneidet, sie vom deutschen Volke trennt. Diese Meinung vertreten auch viele Sozialisten. Sie sind zwar nicht mit den harten Methoden einverstanden, die die Nazis anwenden, aber sie sagen doch: ‚Dem Großteil der Juden schadet’s nicht!‘“<sup>35</sup>

In solchen Äußerungen kam auch die soziale Distanz deutlich zum Ausdruck, die sozialdemokratische Arbeiter von deutschen Juden trennte, die mehrheitlich als wohlhabend und bürgerlich galten.

Die Berichte der Folgejahre folgten exakt der schon angedeuteten Ambivalenz: Einerseits wurden in der Bevölkerung bestimmte antijüdische Praktiken deutlich kritisiert, wie zum Beispiel der Novemberpogrom, der den Sozialdemokraten zufolge vor allem Scham auslöste, dass dies in Deutschland möglich sei. An diese Empörung suchte der sozialdemokratische Parteivorstand in London Ende 1938 mit einer anti-nationalsozialistischen Propagandakampagne anzuknüpfen. Gleichzeitig stellten jedoch viele Berichte fest, dass es den Nationalsozialisten tatsächlich gelungen sei, „die Kluft zwischen dem Volke und den Juden zu vertiefen“.<sup>36</sup>

Insgesamt kamen die regimeinternen, diplomatischen und sozialdemokratischen Berichte trotz unterschiedlicher Einstellungen ihrer Verfasser und ebenfalls unterschiedlicher Narrative dennoch zu einem sehr ähnlichen Fazit, wenn sie 1938/39 zwar auf anhaltende Kritik vor allem gegenüber gewalttätigen antijüdischen Praktiken hinwiesen, aber gleichzeitig

---

<sup>34</sup> Ebd.

<sup>35</sup> Ebd., 26.

<sup>36</sup> Ebd., 24.

einen antijüdischen Konsens ausmachten, der gegen die Exklusion der deutschen Juden keine Einwände erhob.

Da die sozialdemokratischen Berichte im Wesentlichen 1940 endeten und auch die diplomatische Berichterstattung immer spärlicher wurde, weil die meisten Nationen im Zweiten Weltkrieg keine diplomatischen Vertretungen mehr in Deutschland unterhielten, ist für die Jahre von Krieg und Holocaust keine vergleichende Perspektive mehr möglich. Bis in die Anfangszeit des Krieges hinein war jedoch allen Berichterstattern klar, dass die deutsche Bevölkerung gegen die systematische Ausgrenzung und Vertreibung der Juden keine Einwände erhob. Gleichzeitig sprach jedoch die Aversion vieler Deutscher gegenüber dem Einsatz offener Gewalt nicht dafür, dass ein systematischer Massenmord an Juden durch den gesellschaftlichen Konsens gedeckt wurde. Dies deuten nicht nur die diplomatischen Berichte der frühen Kriegsjahre an, zum Beispiel amerikanische Berichte, die zahlreiche kritische Stimmen bei der Einführung des „gelben Sterns“ im September 1941 oder dem Beginn der Deportationen im Oktober 1941 verzeichneten. Nicht die antijüdische Politik als solche, aber der Massenmord markierte eine Bruchstelle im gesellschaftlichen Konsens.<sup>37</sup>

Über den Holocaust berichteten die Konsuln deutlich spärlicher als beispielsweise über den Novemberpogrom 1938, doch war dies vor allem dem Umstand geschuldet, dass mit Kriegsbeginn die Konsulate wichtiger Länder wie Großbritannien, Frankreich und Polen ihre Tätigkeit einstellen mussten und weitere wie die USA in den nächsten Jahren folgen sollten. Allerdings unterstreichen die vorhandenen Berichte, dass es sich beim Holocaust, aber auch bei der Euthanasie gegenüber behinderten Menschen, um ein offenes Geheimnis handelte, von dem weite Kreise nicht nur der deutschen Bevölkerung, sondern auch des konsularischen Personals wussten.<sup>38</sup> Der amerikanische Vizekonsul Paul Dutko in Leipzig beschrieb 1940

---

<sup>37</sup> Vgl. Frank Bajohr: Vom antijüdischen Konsens zum schlechten Gewissen. Die deutsche Gesellschaft und die Judenverfolgung 1933–1945. In: Frank Bajohr/Dieter Pohl: Der Holocaust als offenes Geheimnis. Die deutsche Bevölkerung, die NS-Führung und die Alliierten. München 2006, 15–79.

<sup>38</sup> Vgl. Bernward Dörner: Die Deutschen und der Holocaust. Was niemand wissen wollte, aber jeder wissen konnte. Berlin 2007; Peter Longerich: „Davon haben wir nichts gewusst!“ Die Deutschen und die Judenverfolgung 1933–1945. München 2006.

die Reaktion der Bevölkerung auf die Morde an Behinderten als „bitter astonishment“:

„The inhabitants of Leipzig are not only shocked beyond description, but are genuinely perturbed and stricken with a fear of the far-reaching consequences of this horrible affair.“<sup>39</sup>

In keinem der Konsulatsberichte der untersuchten Länder wird jedoch auf die Haltung der deutschen Bevölkerung gegenüber dem Holocaust eingegangen, obwohl dieser keineswegs ein Tabu war. Im Juni 1942 berichtete der Schweizer Generalkonsul in Köln, Franz-Rudolf von Weiss, über einen Deportationstransport aus der Stadt nach Osteuropa:

„Von meinem Gewährsmann, der die deutsche Stelle in dieser Judenfrage vertritt, wird angenommen, dass dieser Transport inzwischen vergast worden ist, da seitdem keine Nachrichten in Köln über dessen Verbleib eingetroffen sind.“<sup>40</sup>

Bereits im Juni 1942 war das Wort „vergast“ offenbar so verbreitet, dass sich der Konsul, der auch Fotos von Massenexekutionen in Osteuropa nach Bern schickte, die ihm von deutschen Bekannten zugespielt worden waren, weitere Erläuterungen sparen konnte. Im Oktober 1943 fügte er hinzu:

„Zur Behandlung der Judenfrage sickert immer mehr durch, dass die evakuierten Juden restlos umgebracht worden sind.“<sup>41</sup>

Insgesamt bestätigten die Konsulatsberichte die Existenz weit verbreiteter informeller Informationsnetzwerke über den Holocaust, ohne jedoch dessen Rezeption in der deutschen Bevölkerung näher zu thematisieren.<sup>42</sup>

<sup>39</sup> Paul M. Dutko, US-Vizekonsul: Bericht aus Leipzig vom 16.10.1940. In: Bajohr/Strupp (Anm. 5), 552.

<sup>40</sup> Bericht vom 24.6.1942, zitiert nach Markus Schmitz/Bernd Haunfelder: Humanität und Diplomatie. Die Schweiz in Köln 1940–1949. Münster 2001, 179.

<sup>41</sup> Bericht Franz-Rudolf von Weiss, Schweizer Konsul in Köln, an Minister Frölicher, Schweizer Gesandter in Berlin, vom 5.10.1943. In: Bajohr/Strupp (Anm. 5), 577.

<sup>42</sup> Auf der Basis retrospektiver Meinungsumfragen nähern sich diesem Problem Karl-Heinz Reuband: Gerüchte und Kenntnisse vom Holocaust vor Ende des Krieges. Eine Bestandsaufnahme auf der Basis von Bevölkerungsumfragen. Jahrbuch für Antisemitismusforschung 9 (2000), 196–233; Eric A. Johnson/Karl-Heinz Reuband: What we knew. Terror, Mass Murder, and Everyday Life in Nazi Germany. An Oral History. Cambridge, MA 2005.

Demgegenüber enthalten die regimeinternen Lageberichte sehr viel detailliertere Informationen über die zeitgenössischen Reaktionen der „Volksgenossen“, die alles andere als einheitlich ausfielen. So waren bei der Deportation der deutschen Juden mindestens drei verschiedene Verhaltensmuster erkennbar: Ein Teil der Bevölkerung reagierte mit demonstrativer öffentlicher Zustimmung, ja ausgesprochenen Hassausbrüchen. Lageberichte meldeten beispielsweise Äußerungen, mit denen Passanten ihr Erstaunen zum Ausdruck brachten, „daß man den Juden zum Transport nach dem Bahnhof die gut eingerichteten städtischen Verkehrsautobusse zur Verfügung stellte“.<sup>43</sup>

Dennoch blieben diejenigen, die ihrem Hass gegen Juden öffentlich Ausdruck verliehen, ja die Verantwortlichen für die Deportationen noch ob ihrer angeblichen Milde kritisierten, in der Minderheit. Ein deutlich größerer Teil der deutschen Bevölkerung wie auch der Passanten und Beobachter verhielt sich demgegenüber unauffällig und tat sich weder mit zustimmenden noch ablehnenden Kommentaren öffentlich hervor. Diese Haltung konnte sowohl ein insgeheimes Einverständnis als auch Gleichgültigkeit oder eine verlegene Distanz zum Ausdruck bringen und ist daher nur bedingt unter dem Begriff der „Indifferenz“ zu subsumieren. Nach den Lageberichten stimmten den Deportationen vor allem „der politisch geschulte Teil der Bevölkerung“ zu beziehungsweise „nationalsozialistisch gefestigte Volksgenossen“ oder „Volksgenossen, die die Judenfrage beherrschen“.<sup>44</sup>

Neben der Gruppe der überzeugten, ihrer Gesinnung nachhaltig Ausdruck gebenden Antisemiten und der größeren Gruppe der Unauffälligen, die zwischen Einverständnis, Gleichgültigkeit und verhaltener Distanz schwankte, ließ ein weiterer Teil der deutschen Bevölkerung Dissens gegenüber den Deportationen erkennen. Dabei hüteten sich die meisten wohlweislich, diesen Dissens als generelle Kritik an den antijüdischen Maßnahmen zu formulieren. Stattdessen brachten sie humanitäre Einwände vor, verwiesen auf das hohe Alter der Deportierten oder die besondere Härte des Winters. In typischer Weise fasste die SD-Außenstelle Minden

---

<sup>43</sup> Kulka/Jäckel (Anm. 1), CD-ROM-Ausgabe, Nr. 3386: Bericht der SD-Hauptaußenstelle Bielefeld vom 16.12.1941.

<sup>44</sup> Ebd. Nr. 3371: Bericht der Stapostelle Bremen vom 11.11.1941; Nr. 3508: Bericht der SD-Außenstelle Detmold vom 31.7.1942; Nr. 3387: Bericht der SD-Außenstelle Minden vom 6.12.1941.

diese Bedenken in einem Bericht vom Dezember 1941 zusammen. Es sei moniert worden,

„jetzt im Winter mit allen seinen Gefahren die Leute ausgerechnet nach dem Osten zu verfrachten. Es könnte doch damit gerechnet werden, daß sehr viele Juden den Transport nicht überständen. Dabei wird darauf hingewiesen, daß die jetzt evakuierten Juden doch durchweg Leute wären, die seit ewigen Jahren in hiesiger Gegend gewohnt hätten. Man ist der Ansicht, daß für viele Juden diese Entscheidung zu hart sei. Wenn auch diese Meinung nicht in verstärktem Maße festzustellen ist, so findet man sie aber doch in einem großen Teil gerade unter den gutsituierten Kreisen. Hierbei sind auch wieder die älteren Leute die überwiegende Anzahl.“<sup>45</sup>

Ab 1942 machten zahlreiche, teilweise sehr präzise Berichte die Runde, die vor allem von Angehörigen der deutschen Besatzungsverwaltung sowie von Soldaten auf Fronturlaub verbreitet wurden.

Nach der Kriegswende und der Niederlage bei Stalingrad Anfang 1943 wurde zunehmend deutlich, dass zahlreiche Deutsche über die Judenverfolgung und die Deportationen in einer Mischung aus schlechtem Gewissen, Bestrafungserwartungen und Vergeltungsängsten diskutierten. Nach Stalingrad wurde eine Niederlage des nationalsozialistischen Deutschland für viele immer wahrscheinlicher beziehungsweise erstmals als realistische Möglichkeit in Betracht gezogen. Das NS-Regime büßte seinen Nimbus der Unbesiegbarkeit ein und verlor in den Augen der deutschen Bevölkerung beständig an Ansehen, weil es nicht länger mit Erfolgen aufwarten konnte, sondern eine Kette verheerender Niederlagen zu verantworten hatte, die auch das Image des „Führers“ zunehmend beeinträchtigten. Dies veränderte auch den retrospektiven Blick auf die Deportationen, ja die Judenverfolgung insgesamt. Diese wurde nunmehr mit Kriegseignissen verknüpft, die real mit der Verfolgung, Deportation und Ermordung der Juden in keinerlei Zusammenhang standen, vor allem mit dem 1943 drastisch intensivierten Bombenkrieg.

---

<sup>45</sup> Ebd. Nr. 3387: Bericht der SD-Außenstelle Minden vom 6.12.1941.

Viele Menschen führten die Bombardierung von Kirchen auf die Zerstörung von Synagogen während des Novemberpogroms 1938 zurück, weil mit „dieser Aktion gegen die Juden Deutschland damals den Terror begonnen“ habe, dessen Maßnahmen gegen die Juden „grundverkehrt“ gewesen seien, wie sich Ausgebombte aus Frankfurt gegenüber einem Mitarbeiter des Sicherheitsdienstes der SS (SD) ereiferten:

„Dabei werden, wie früher schon einmal, Äußerungen laut, daß unsere ganze Einstellung zur Judenfrage, besonders aber ihre Lösung, eine grundverkehrte gewesen sei, deren Folgen und Auswirkungen das deutsche Volk heute ausbaden müsse. Hätte man die Juden im Lande gelassen, würde heute wohl keine Bombe auf Frankfurt fallen.“<sup>46</sup>

Andere SD-Stellen berichteten von zahlreichen Äußerungen Ausgebombter, „daß dies die Vergeltung für unser Vorgehen im November 1938 gegen die Juden sei“<sup>47</sup> (SD Würzburg), „daß wenn wir die Juden nicht so schlecht behandelt hätten, wir unter den Terrorangriffen nicht so leiden müßten“<sup>48</sup> (SD Schweinfurt) beziehungsweise „daß es von der Regierung und der NSDAP unverantwortlich gewesen sei, zu derartigen Maßnahmen gegen die Juden zu schreiten“<sup>49</sup> (SD Halle).

Solche Äußerungen aus dem Jahre 1943 waren in den Jahren zuvor nicht zu vernehmen gewesen. Der Umstand, dass in den Lageberichten 1943 mehr über die Judenverfolgung und bestimmte Ereignisse wie den Novemberpogrom 1938 oder die Deportationen 1941/42 zu lesen war als in den Jahren zuvor, hatte weniger mit dem voranschreitenden Morden als vielmehr mit der allgemeinen Kriegslage und der Kriegswende 1943 zu tun. Bedenken gegen die Judenverfolgung wurden nun nicht mehr von Siegesfanfaren übertönt oder konnten als Angelegenheit behandelt werden, die das Gros der Bevölkerung scheinbar nichts anging. Langsam entwickelte sich ein schlechtes Gewissen, und die Befürchtung griff um sich, dass den Deutschen für die Judenverfolgung im Falle einer Kriegsniederlage eine

<sup>46</sup> Ebd. Nr. 3708: Bericht der SD-Außenstelle Bad Brückenau vom 2.4.1944.

<sup>47</sup> Ebd. Nr. 3648: Bericht der SD-Hauptaußenstelle Würzburg vom 7.9.1943.

<sup>48</sup> Ebd. Nr. 3693: Bericht der SD-Außenstelle Schweinfurt, o. D. (1944).

<sup>49</sup> Ebd. Nr. 3588: Bericht des SD-Abschnitts Halle vom 22.5.1943.

Rechnung präsentiert werden würde, sodass die verstärkten Luftangriffe 1943/44 bereits als eine Art vorgezogene Quittung begriffen wurden, von einem Teil der Bevölkerung in Kontinuität antisemitischer Überzeugungen auch als Rache der Juden.

Insgesamt überwog bei jenen, die den Bombenkrieg mit Judenverfolgung und Holocaust verknüpften, jedoch eher ein christlich orientiertes Schuld-Sühne-Verständnis, das zwar bemerkenswert, moralisch jedoch hochgradig problematisch war. Bombentote wurden hier gegen deportierte und ermordete Juden aufgewogen und damit qualitative Unterschiede zwischen systematischem Massenmord einerseits und eskalierender Kriegführung gegen die Zivilbevölkerung andererseits verwischt.

Diese Reaktionen markierten einerseits das Ende des volksgemeinschaftlichen Konsenses in der Judenverfolgung und auch eine implizite Distanz gegenüber dem Nationalsozialismus. Andererseits offenbarten sie bereits eine Schuldabwehr der Bevölkerung, die schon vor 1945 Judenverfolgung, Deportation und Massenmord gegen eigene Kriegsoffer aufrechnete und damit einen zentralen Grundton der öffentlichen Auseinandersetzung der Nachkriegszeit schon vor 1945 anklingen ließ.